

Mit weißen Kreuzen erinnern Aktivisten an tote Flüchtlinge – ein Interview

„Auf die bösen Schlepper zu zeigen ist mehr als zynisch“



Mehrere „Grabstätten“ wie diese in der Fußgängerzone legten die Aktivisten an.

Hildesheim. Mitglieder der „Gruppe Abschiebealarm“ haben vor einigen Wochen bereits durch bloßes Herumstehen und -sitzen Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern verhindert. Jetzt haben sie an mehreren Stellen in der Innenstadt über Nacht weiße Holzkreuze und Grablichter aufgestellt, um auf die Vielzahl der toten Flüchtlinge im Mittelmeer aufmerksam zu machen. Die Aktion ist inspiriert von den inszenierten Begräbnissen der Aktivisten des „Zentrums für politische Schönheit“ in Berlin. KEHRWIEDER-Redaktionsleiter Jan Fuhrhop hat ein Mitglied der „Gruppe Abschiebealarm“ befragt – er nennt sich Theo und betont, nur eine, nicht die Stimme zu sein. Der lose Zusammenschluss habe weder einen Leiter noch einen offiziellen Sprecher.

inszenieren überschreite eine moralische Grenze. Sehen Sie das auch so oder würden Sie auch echte Bestattungen inszenieren?

Diese Aktion lebt gerade davon, dass einige den Vorwurf erheben, sie überschreite eine moralische Grenze. Teilweise entsteht erst durch diese Aufreger die nötige öffentliche Wahrnehmung, sozusagen ein Erregungskorridor, der mit Inhalten und Kritik gefüllt werden kann. Man stelle sich vor, die 5.500 Menschen, die am vergangenen Sonntag mitten in Berlin Gräber aushoben, hätten da eine gewöhnliche Mahnwache oder Kundgebung abgehalten – wäre die Aufmerksamkeit und die öffentliche Diskussion auch nur ansatzweise so groß gewesen? Sicherlich nicht. Was die Frage der ethisch-/moralischen Grenze bei diesen Aktionen angeht,

letzten Wochenende tauchten etwa an einem der Aktionsorte etliche Aufkleber einer Neonazigruppierung auf, diese Sorgen scheinen also verständlich zu sein. Ich persönlich mache mir da weniger Sorgen, finde es aber wichtig, die Bedenken anderer ernst zu nehmen und zu respektieren. Noch wichtiger ist uns allerdings etwas anderes: Wenn wir Abschiebungen verhindern, Gedenkstätten für Flüchtlinge errichten oder ähnliche Aktionen durchführen, dann geht es dabei nicht um uns, sondern um die Aktion und die Inhalte, die sie vermitteln soll. Sie sollen im Mittelpunkt stehen. Wir wollen nicht, wie es momentan leider viele Nichtregierungsorganisationen und Verbände tun, uns durch Aktionen und Kampagnen selbst profilieren. Deshalb nur „Gruppe Abschiebealarm“.

„So soll Protest sein: dezentral, antihierarchisch, unberechenbar“

Theo, Aktivist der „Gruppe Abschiebealarm“

KEHRWIEDER: Die Aktivisten in Berlin wie auch Sie wollen auf die Schicksale der im Mittelmeer ertrinkenden Flüchtlinge aufmerksam machen. Verbinden Sie mit der Aktion auch konkrete Forderungen an die deutsche und europäische Politik?

Theo: Das Zentrum für politische Schönheit will mit der Aktion quasi „die Katastrophe nach Deutschland holen“ und hier die Aufmerksamkeit auf das Thema lenken. Natürlich war auch in Hildesheim vorrangiges Ziel der Aktion, das Problem der tausenden Grenztoten – dass uns trotz der geographischen Entfernung alle betrifft – ein Stück mehr ins Bewusstsein der Menschen zu bringen. Für mich resultieren daraus aber auch konkrete politische Forderungen. Das Problem der ertrinkenden Flüchtlinge ist schließlich ein gemachtes Problem – die Leute sollen es so schwer wie möglich haben, nach Europa zu kommen; Europas Grenzen sind mit Zäunen und Stacheldrahtmauern „gesichert“, die Fluggesellschaften haben die Auflage, nur Personen mit gültigen Visa nach Europa einzufliegen. Das erklärt, weshalb die Flüchtenden die weitaus teureren und gefährlicheren Schleuserdienste in Anspruch nehmen. Anschließend mit dem Finger auf die bösen Schlepper zu zeigen und diese mit zivilen und militärischen Mitteln zu bekämpfen, ist mehr als zynisch. Es muss endlich legale Einreisewege nach Europa geben. Die militärische Abriegelung Europas muss aufhören – sofort!

kann ich zwar verstehen, dass es Einigen makaber vorkommt, Leichen aus Südeuropa hierherzuschaffen, um sie öffentlichkeitswirksam hier zu bestatten. Verwerflich und jenseits jeder ethischen Grenze ist aber aus meiner Sicht eher, dass die Toten auf Sizilien oder in Griechenland teilweise acht Monate in Kühlhäusern lagern oder in Massengräbern am Straßenrand verscharrt werden, ohne dass auch nur ihre Identitäten ermittelt wurden. Da finde ich es scheinheilig und heuchlerisch, ausgerechnet denjenigen Vorwürfe zu machen, die durch kreative – und ja, eben auch durch kontroverse – Aktionen auf diese Missstände aufmerksam machen.



„Grab“ in der Sedanallee.

Warum treten Sie nur als „Gruppe Abschiebealarm“ auf? Haben Sie Angst vor der Polizei oder Attacken aus dem rechtsextremen Lager?

Wir sind eine sehr lose Gruppe ohne feste Struktur, ohne Hierarchien und Einheitsmeinung. Es gibt durchaus Menschen, die aus Angst vor Repression oder Neonazis ihre Namen nicht öffentlich nennen. Am

In Berlin hatte das „Zentrum für Politische Schönheit“ zunächst angekündigt, Flüchtlingsleichen vor dem Kanzleramt zu bestatten, zuvor gab es eine Beerdigung einer Toten auf einem Berliner Friedhof. Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD) verurteilte die Aktion scharf: Angesichts der vielen Tausend ertrunkenen Flüchtlinge im Mittelmeer ein Spektakel mit Leichen zu

Mehrbelastung für Stadt

Kita-Kosten werden zum Problem

Hildesheim. Der Tarifkonflikt bei den Sozial- und Erziehungsberufen ist noch immer nicht gelöst. Gewerkschaften und kommunale Arbeitgeber haben sich nicht verständigen können, den Schlichter-Vorschlag für eine Erhöhungen in den einzelnen Berufsgruppen von 2 bis 4,5 Prozent anzunehmen. Streiks soll es zwar vorerst dennoch nicht geben, die Stadtverwaltung tappt nun aber nach wie vor im Dunkeln, was die Personal-Mehrkosten angeht. Im Rathaus hat man eine vorsorglich 7,5-prozentige Steigerung einkalkuliert, was den Haushalt mit 3,3 Millionen Euro zusätzlich belasten würde. Doch die tariflichen Steigerungen sind nicht die einzige zusätzliche Posten. Nach aktuellen Vorgaben des Landes muss in Krankheitsfällen von Erzieherinnen ab dem ersten Tag für adäquaten Ersatz gesorgt werden – bislang musste in Kindergärten und Horten erst ab dem dritten Tag eine fachlich gleichwertig ausgebildete Betreuungskraft eingesetzt werden, kurzfristig durfte auch mit „ansonsten geeigneten Kräften“ überbrückt werden, das konnten auch mal Praktikanten sein. Nun muss die Stadt mehr Fachkräfte einstellen, knapp 40 Stellen schaffen – und hat Mehrkosten von 910.000 Euro allein für die verbliebenen Monate des laufenden Jahres, rund 2 Millionen Euro ab 2016. „Das trifft uns sehr hart“, sagt Finanzdezernentin Antje Kuhne. Sie habe das Ministerium angeschrieben, um auf die dramatischen Folgen der Entscheidung für die Stadt hinzuweisen – doch große Hoffnungen, noch etwas ändern zu können, macht sie sich nicht. „Wir werden wohl nicht umhin kommen, es umzusetzen.“

Vom Korn zum Brot

Hildesheim. Die Museumsinitiative Alt-Itzum lädt für kommenden Samstag, 4. Juli, zum Scheunenfest ein. Das Schwerpunktthema ist in diesem Jahr „Vom Korn zum Brot“. Es beginnt um 15 Uhr. Vor, in und hinter der Scheune Kesselei Nr. 5 werden Gegenstände des dörflichen Lebens gezeigt und im Garten Großgeräte und Vorführungen. Die Bäckermeister Gevers und Grube erklären verschiedene Kornsorten und backen in einer Feldbäckerei wie in den 1930ern Brötchen und Brot. Für kommenden Sonntag, 5. Juli, lädt die Museumsinitiative zu einem ökumenischen Gottesdienst in die St.-Georg-Kirche und anschließend zum Gang in die Scheune mit „Früh-schoppen“ ein. Beginn ist um 10 Uhr. Die Bäckermeister sind wieder dabei, wie auch am Montag, 6. Juli, wenn sie mit den Kindern der Grundschule und der Kindergärten in der Scheune Teig kneten.

Pothmer sucht „Radgeber“

Hildesheim. Einkaufen fahren, Behördengänge machen, Freunde besuchen – viele Wege lassen sich gut mit dem Rad erledigen. Damit auch Flüchtlinge in Hildesheim künftig mobiler durch den Alltag kommen, sammelt die Bundestagsabgeordnete Brigitte Pothmer (Grüne) verkehrstüchtige Fahrräder, um sie an Flüchtlinge weiterzugeben. Ihr Aufruf an alle Bürgerinnen und Bürger lautet: „Werden Sie Radgeber!“ Die Fahrräder können noch bis zum 17. Juli im Wahlkreisbüro in der Jakobstraße 15 abgegeben werden. Die Öffnungszeiten sind montags bis freitags von 9 bis 13 Uhr und dienstags von 14 bis 17 Uhr. Nach Absprache können auch Termine zur Abholung im Raum des Stadtgebiets vereinbart werden. Das Büro ist telefonisch unter 0 51 21/9 99 02 03 oder per E-Mail erreichbar: brigitte.pothmer.wk@bundestag.de. Weitere Informationen unter www.pothmer.de.

Verstimmungen zum Start der Klimaschutzagentur

Schlechtes Klima

(Jan) Hildesheim/Landkreis. Kritisch beäugt vom Hildesheimer Energie-Beratungs-Zentrum (EBZ) und dessen Hauptgesellschafter, dem Energieversorger EVI, nimmt am kommenden Mittwoch die gemeinsame Klimaschutzagentur der Landkreise Hildesheim und Peine ihre Arbeit auf.

Die EBZ-Geschäftsführer Frank Melchior und René Hußnätter haben viele Monate versucht, den Landkreis davon zu überzeugen, auf die Gründung einer neuen Klimaschutzagentur zu verzichten und stattdessen als Gesellschafter beim EBZ einzusteigen oder auf andere Weise eng zu kooperieren (der KEHRWIEDER berichtete mehrfach). Sie wollten so vermeiden, dass Doppelstrukturen geschaffen werden und die neue über Steuergeld finanzierte Agentur etwa auch bei der Energie- und Bauberatung von Endkunden aktiv wird. Im Hildesheimer Rathaus sah man die Sache ähnlich, dort schätzt man die Arbeit des seit sechs Jahren aktiven EBZ. Zunächst war die Stadt dennoch selbst neben den beiden Landkreisen als Junior-Gesellschafter der neuen Klimaschutzagentur vorgesehen; die rot-grüne Ratsmehrheit hatte allerdings gefordert, es solle sichergestellt werden, dass Änderungen an der inhaltlichen Ausrichtung der als gemeinnützige Gesellschaft gegründete Agentur nicht ohne Zustimmung der Stadt erfolgen würden. Auch sollten sich Agentur und EBZ nicht durch gleiche kostenpflichtige Angebote Konkurrenz machen.

Diese Bedingungen wurden aus Sicht der Stadt nicht erfüllt, weswegen sie nun zum Start am kommenden Mittwoch auch nicht als Gesellschafter dabei ist. „Wir werden dem Rat vorschlagen, unter den Rahmenbedingungen, die zwischen den Landkreisen Hildesheim und Peine ausgehandelt worden sind, nicht

beizutreten“, erklärt Stadtsprecher Dr. Helge Miethe auf Nachfrage des KEHRWIEDER. Zur Begründung heißt es, die Konkurrenzsituation zum EBZ sei nicht ausdrücklich ausgeschlossen worden, die Stadt hätte zu wenig Einfluss und unzureichende Kündigungsmöglichkeiten gehabt.

Überrascht von dieser Entwicklung ist die rot-grüne Stadtratsgruppe, deren Mitglieder weiterhin davon ausgegangen waren, dass eine überarbeitete Satzung der Agentur noch rechtzeitig vor Anfang Juli vorgelegt würde. Kreis-Dezernent Helfried Basse habe ihm das zugesagt, erklärt Detlef Hansen (SPD). Dem erklärten Ziel, als Stadt dabei zu sein, stünden so aber weiterhin Gründe entgegen: „Es ist nicht geklärt, ob die Agentur eine sinnvolle Ergänzung zum EBZ darstellt oder in Konkurrenz tritt.“ Auf Betreiben der SPD- und Grünen-Fraktion im Kreistag soll es nun am Dienstag noch ein Treffen zwischen Basse und der städtischen Dezernentin Antje Kuhne geben, um die strittigen Punkte zu besprechen.

Der Landkreis betont weiterhin, man plane mit der Agentur „keine Endkundenberatung“, sondern überlasse das „anerkannten Beratungsorganisationen“ – wie etwa dem EBZ. Es bestehe keine Konkurrenzsituation. Doch eine allzu große Nähe zum EBZ will man auch nicht haben – die von Bosse-Arbogast vorgeschlagene gemeinsame Nutzung von Räumen kommt für den Landkreis nicht in Frage. „Das würde bereits den Anschein erwecken, eine gewisse Nähe zu einem Energieversorger zu pflegen.“ Genau diesen Vorbehalt bemühen sich EBZ und EVI seit Jahren zu entkräften: Der Versorger habe lediglich zum Start Geld gegeben, seitdem trage sich das EBZ selbst, die EVI halte sich komplett aus dem Tagesgeschäft raus. „Wir sind völlig unabhängig“, sagt Melchior.

Protestaktion für mehr Personal in Krankenhäusern

162.000 fehlen

(kik) Hildesheim. Bei einer bundesweiten Aktion für mehr Krankenhauspersonal rief die Gewerkschaft Verdi am Mittwoch auch in Hildesheim zu einer Protestkundgebung auf. Am Goschentor machten Beschäftigte und betriebliche Interessenvertreter aus Krankenhäusern aus Stadt und Landkreis die Personalnot durch Nummernkarten sichtbar, die symbolisch für die laut einer Verdi-Erhebung rund 162.000 fehlenden Beschäftigten, darunter 70.000 in der Pflege, stehen sollten.

Seit dem Gesetzentwurf zur Krankenhausreform, den die Bundesregierung am 11. Juni veröffentlicht hat, macht sich unter dem Krankenhaus-Personal Enttäuschung breit. „Die Regierung kennt die dramatische Personalnot seit Jahren, doch sie handelt nicht“, sagte Gewerkschaftssekretär Thilo Jahn. „Wir sind entsetzt, dass die Bundesregierung die Gefährdung von Patienten und Personal in den Krankenhäusern

wissentlich in Kauf nimmt.“ Bei der Hildesheimer Kundgebung waren mit Ute Bertram (CDU), Bernd Westphal (SPD), Brigitte Pothmer (Bündnis 90/Die Grünen) und Jutta Krellmann (Die Linke) auch vier Bundestagsabgeordnete anwesend, die den Demonstranten in kurzen Reden ihre Sicht der Situation zur Personalnot erläuterten. Was einige anwesende Protestler wiederum zu teils harschen Zwischenrufen veranlasste: Es sei „sittenwidrig, von einer Privatisierung in der Pflege“ zu reden, rief ein Demonstrant während der Ansprache Bertrams energisch dazwischen. Die hatte bemerkt, dass beim Umsatz im Gesundheitssystem im Krankenhausstrukturgesetz kein Unterschied zwischen privaten oder kommunalen Häusern gemacht werde. Verdi fordert ein Gesetz zur Personalbemessung in Krankenhäusern und dessen Finanzierung sowie ausreichende Krankenhausinvestitionen durch die Bundesländer.



Die Nacht der Nächte: Ein voller Erfolg war die vom KEHRWIEDER präsentierte Uni-Mittsommernacht. Auf der Domäne Marienburg begeisterte ein buntes Programm mit viel Musik und Kultur die Besucher, der Headliner Phrasenmäher riss das Publikum mit. Foto: Geisser